Große Anfrage

der Fraktion der SPD

und

Antwort

der Landesregierung

Schutz von in der Prostitution tätigen Personen in Baden-Württemberg

Große Anfrage

Wir fragen die Landesregierung:

I. Statistische Angaben

1. Wie viele in der Prostitution tätige Personen sind derzeit in Baden-Württemberg angemeldet unterschieden nach solchen unter 21 Jahren, deren Anmeldung in den letzten zwölf Monaten vorgenommen wurde, und solchen ab 21 Jahren, deren Anmeldung in den letzten 24 Monaten vorgenommen wurde, ihrer Staatsangehörigkeit sowie nach Stadt- und Landkreisen?
2. Wie viele in der Prostitution tätige Personen sind in Baden-Württemberg als Selbstständige bzw. als abhängig Beschäftigte steuerlich erfasst unter Darstellung der Höhe der Steuereinnahmen aus der Prostitution in den vergangenen zehn Jahren?
3. In welchen baden-württembergischen Gemeinden war bzw. ist es nach der Verordnung der Landesregierung über das Verbot der Prostitution vom 3. März 1976 nicht verboten, „der Prostitution nachzugehen“, unterteilt nach dem Stand bei Inkrafttreten der Verordnung und dem aktuellen Stand?
4. Inwieweit haben sich nach Einführung des Nordischen Modells in Frankreich im Jahr 2016 vermehrt in der Prostitution tätige Personen von dort in Deutschland angemeldet (bitte aufgelistet nach Jahren und Zahl der Anmeldungen)?

II. Handeln der zuständigen Behörden

1. Wie viele Genehmigungsverfahren gibt es seit dem Inkrafttreten des Prostituiertenschutzgesetzes (ProstSchG) in Baden-Württemberg hinsichtlich einer Erlaubnis für ein Prostitutionsgewerbe, unterteilt nach Art des Gewerbes, nach Erlaubnis unbefristet erteilt, Erlaubnis befristet erteilt, Erlaubnis nicht erteilt, noch keine Entscheidung, noch keine Entscheidung bei Prostitutionsgewerben, die bereits vor dem 1. Juli 2017 bestanden, sowie nach Stadt- und Landkreisen?
2. Bei wie vielen Genehmigungen wurden dabei gemäß § 37 Absatz 5 ProstSchG in begründeten Einzelfällen Ausnahmen von den Anforderungen nach § 18 Absatz 2 Nummer 2 und 4 bis 7 ProstSchG für Alt-Betriebe gewährt, unterteilt nach Art der Mindestanforderung sowie nach Stadt- und Landkreisen?
3. Wie viele Kontrollen von Prostitutionsgewerben fanden seit Inkrafttreten des ProstSchG in Baden-Württemberg durch die Polizei und durch die zuständigen Behörden der Kommunen mit der Feststellung welcher Verstöße statt, unterteilt nach Stadt- und Landkreisen sowie Art und Weise der Ahndung, dabei insbesondere dem Entzug der Erlaubnis für ein Prostitutionsgewerbe?
4. Inwiefern besteht ein Austausch zwischen der Polizei und den zuständigen Behörden der Kommunen?
5. In wie vielen Fällen wurden von der zuständigen Behörde gemäß § 9 Absatz 2 Nummer 1 ProstSchG Schutzmaßnahmen veranlasst, weil sich tatsächliche Anhaltspunkte dafür ergeben haben, dass eine Person unter 21 Jahre alt ist und durch Dritte zur Aufnahme oder Fortsetzung der Prostitution gebracht wird oder werden soll, unterteilt nach Art der Schutzmaßnahme, ausführende Stelle sowie nach Stadt- und Landkreisen?
6. In wie vielen Fällen wurden von der zuständigen Behörde gemäß § 9 Absatz 2 Nummer 2 ProstSchG Schutzmaßnahmen veranlasst, weil sich tatsächliche Anhaltspunkte dafür ergeben haben, dass eine Person von Dritten durch Ausnutzung einer Zwangslage, ihrer Hilflosigkeit, die mit ihrem Aufenthalt in einem fremden Land verbunden ist, oder ihrer persönlichen oder wirtschaftlichen Abhängigkeit zur Prostitution veranlasst wird oder werden soll oder diese Person von Dritten ausgebeutet wird oder werden soll, unterteilt nach Art der Schutzmaßnahme, ausführende Stelle sowie nach Stadt- und Landkreisen?

III. Maßnahmen und mögliche Maßnahmen der Landesregierung

1. Welche Maßnahmen trifft die Landesregierung, um die in Artikel 9 des Palermo-Protokolls formulierte Verpflichtung auf Landesebene umzusetzen und „der Nachfrage entgegenzuwirken, die alle Formen der zum Menschenhandel führenden Ausbeutung von Personen, insbesondere von Frauen und Kindern, begünstigt“?
2. Wie viele polizeiliche Sonderermittlungseinheiten zur Bekämpfung von Zuhälterei, Zwangsprostitution, Menschenhandel und sexueller Ausbeutung mit jeweils wie vielen besetzten Stellen gibt es in Baden-Württemberg?
3. Wie bewertet die Landesregierung den Vorschlag einer landesweit einheitlichen Bescheinigung über die gesundheitliche Beratung (§ 10 ProstSchG) – beispielsweise im Scheckkartenformat?

4. Aus welchen Gründen wird im Leitfaden des Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration für Behörden und vom Land anerkannte Fachberatungsstellen zur Verbesserung des Schutzes von Betroffenen und der Strafverfolgung in Fällen von Menschenhandel, Zwangsprostitution und sexueller Ausbeutung (§§ 232, 232a, 233a StGB) vom November 2023 als Schutzmaßnahme nach § 9 Absatz 2 ProstSchG lediglich die Vermittlung an eine Fachberatungsstelle genannt und nicht etwa die Einschaltung eines sozialpsychiatrischen Dienstes, des Jugendamtes, der Polizei oder anderer geeigneter und erreichbarer Institutionen?
5. Welche Maßnahmen plant oder setzt die Landesregierung nach Auslaufen der Förderung für das Projekt „Mobile Teams in den Bereichen Gewaltschutz, Menschenhandel und Prostitution“ im Dezember 2023 zum Gewaltschutz von Frauen und Kindern sowie zur Vermeidung von Menschenhandel und Zwangsprostitution um, damit dem immer noch hohen Anteil von Prostitution im sogenannten Dunkelfeld angemessen begegnet werden kann?
6. Wie bewertet die Landesregierung den Wunsch der Polizei nach mehr Eingriffsbefugnissen bei Organisierter Kriminalität im Bereich Menschenhandel und Zwangsprostitution?
7. Welche Maßnahmen zur Kontrolle und anlass(un)abhängigen Recherchen bzw. auch der Online-Streifen plant oder führt die Landesregierung im Hinblick auf Freier-Foren durch, in denen verbotene und menschenverachtende Praktiken beworben oder Straftaten gebilligt werden?
8. Wie beurteilt sie die in der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 14. September 2023 zur Regulierung der Prostitution in der EU enthaltenen Hinweise zum „Nordischen Modell“, insbesondere die in Nummer 42 der Entschließung enthaltene Aufforderung an die Mitgliedstaaten, „sicherzustellen, dass es unter Strafe gestellt wird, von einer Person eine sexuelle Handlung gegen Entgelt, das Versprechen eines Entgelts, die Gewährung eines geldwerten Vorteils oder das Versprechen eines solchen Vorteils zu verlangen, anzunehmen oder zu erhalten“?

IV. Situation der in der Prostitution tätigen Personen

1. Welche Kenntnisse haben die Landesregierung und die Beratungsstellen über den gesundheitlichen (körperlichen und psychischen) Zustand der in Baden-Württemberg in der Prostitution tätigen Personen auch im Hinblick auf die Dauer der Tätigkeit sowie über die Behandlungsmöglichkeiten?
2. Wie erklärt es sich, dass nach Aussagen der Beratungsstellen die allermeisten der in Baden-Württemberg in der Prostitution tätigen Personen keine Krankenversicherung haben und wie bewertet die Landesregierung diesen Zustand?
3. Welche Kenntnisse haben die Landesregierung und die Beratungsstellen zu Gewalterfahrungen der in Baden-Württemberg in der Prostitution tätigen Personen?
4. Welche Kenntnisse haben die Landesregierung und die Beratungsstellen zur Altersvorsorge der in Baden-Württemberg in der Prostitution tätigen Personen?
5. Welche Kenntnisse haben die Landesregierung und die Beratungsstellen zu Aspekten des Arbeitsschutzes für die in Baden-Württemberg in der Prostitution tätigen Personen?

6. Inwieweit treffen nach Kenntnis der Landesregierung und der Beratungsstellen die in der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 14. September 2023 zur Regulierung der Prostitution in der EU enthaltenen Erwägungen auch für Baden-Württemberg zu, wonach „Frauen in der Prostitution in höherem Grade ungeheuerlichen Menschenrechtsverletzungen, Gewalt und Ausbeutung, darunter einem hohen Maß an geschlechtsbezogener, psychologischer, körperlicher und sexueller Gewalt, ausgesetzt sind als Frauen im Durchschnitt“ sowie „Frauen in der Prostitution von Traumata berichten, die mit denen von Opfern der Folter vergleichbar sind, und dass eine hohe Zahl von Frauen in der Prostitution davon berichten, seit Beginn ihrer Prostitution vergewaltigt worden zu sein“?

V. Beratungsstellen

1. Welche speziellen Beratungsstellen für in der Prostitution tätige Personen oder die Freier gibt es in Baden-Württemberg verbunden mit der Darstellung der Anzahl der Beratungen sowie der Höhe der Fördermittel pro Jahr, Förderzweck, Mitteln des Bundes, des Landes, der Kommunen oder sonstiger Förderung?
2. Welche über die reine Beratung hinausgehenden Hilfen für den Ausstieg aus der Prostitution gibt es in Baden-Württemberg bzw. sind hier geplant und wie werden diese gefördert?

24.4.2024

Stoch, Binder, Dr. Kliche-Behnke
und Fraktion

Begründung

Trotz des Verbots der Ausbeutung von Prostituierten, der Zwangsprostitution, des Menschenhandels, der unfreiwilligen Prostitution, trotz der Neugestaltung der Straftatbestände der §§ 232 ff. des Strafgesetzbuches (StGB) und trotz der Einführung des Prostituiertenschutzgesetzes hat sich die prekäre Situation der überwiegenden Zahl der Personen, die in der Prostitution in Deutschland tätig sind, nicht verbessert. Die Große Anfrage hat zum Ziel, die aktuelle Situation in der Prostitution und vor allem die Maßnahmen zum Schutz der in der Prostitution tätigen Personen umfangreich zu erfassen. Aus der Antwort der Landesregierung sollen Verbesserungspotenziale im bestehenden Recht ausgemacht werden.

Gleichzeitig wird sowohl auf europäischer Ebene als auch im Bund und in der Zivilgesellschaft über die Einführung eines Sexkauf-Verbots diskutiert, das die in der Prostitution tätigen Personen entkriminalisiert und besser schützt, Ausstiegsprogramme finanziert und Freier bestraft. Bereits 2019 hat sich die SPD Baden-Württemberg bei ihrem Landesparteitag für das Nordische Modell ausgesprochen. Mit der Diskussion über die Situation der in der Prostitution tätigen Personen soll auch geprüft werden, ob der Schutz durch ein Sexkauf-Verbot nicht angemessener wäre als das bestehende Recht.

Antwort*)

Schreiben des Staatsministeriums vom 16. Juli 2024 Nr. STM32-0142.5-42/3/2

In der Anlage übersende ich unter Bezugnahme auf § 63 der Geschäftsordnung des Landtags von Baden-Württemberg die von der Landesregierung beschlossene Antwort auf die Große Anfrage.

Hassler

Staatssekretär

*) Der Überschreitung der Sechs-Wochen-Frist wurde zugestimmt.

Anlage: Schreiben des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration

Mit Schreiben vom 9. Juli 2024 Nr. 25-0141.5-33/3025 beantwortet das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration im Einvernehmen mit dem Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen, dem Ministerium für Finanzen, dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus und dem Ministerium der Justiz und für Migration im Namen der Landesregierung die Große Anfrage wie folgt:

Wir fragen die Landesregierung:

I. Statistische Angaben

1. Wie viele in der Prostitution tätige Personen sind derzeit in Baden-Württemberg angemeldet unterschieden nach solchen unter 21 Jahren, deren Anmeldung in den letzten zwölf Monaten vorgenommen wurde, und solchen ab 21 Jahren, deren Anmeldung in den letzten 24 Monaten vorgenommen wurde, ihrer Staatsangehörigkeit sowie nach Stadt- und Landkreisen?

Zu I. 1.:

Bei der Beantwortung der Frage, muss darauf hingewiesen werden, dass die unteren Verwaltungsbehörden kein „Register“ wie zum Beispiel das Einwohnermelde- oder das Gewerberegister führen, in dem alle Personen zu einem bestimmten Zeitpunkt erfasst sind, die im Land- oder Stadtkreis der Prostitution nachgehen.

Die in § 3 Prostituiertenschutzgesetz (ProstSchG) formulierte Anmeldepflicht für Prostituierte und die Erteilung der Anmeldebescheinigung nach § 5 ProstSchG stellen nur eine Momentaufnahme dar. Die örtliche Zuständigkeit der Behörde ergibt sich daraus, wo sich die betroffene Person zum Zeitpunkt der Ausübung der Prostitution aufhält. Da es weder eine Ummeldepflicht bei Verlegung in einen anderen Meldebezirk noch eine Abmeldepflicht bei Aufgabe der Tätigkeit gibt und die Anmeldebescheinigungen bundesweit gültig ist, hat die Zahl der erteilten Anmeldebescheinigungen wenig Aussagekraft im Hinblick auf die Zahl der im Stadt- oder Landkreis der Prostitution nachgehenden Personen. Wie lange sich die Personen nach Ausstellung der Anmeldebescheinigung tatsächlich im jeweiligen Landkreis aufhalten, ist nicht bekannt. Häufig wechseln die Personen ihre Arbeitsstätte bereits nach kurzer Zeit.

Zur Beantwortung der Frage wurden die Anmelde Daten bei den unteren Verwaltungsbehörden abgefragt:

Stadt-/Landkreis	Aktuell angemeldet	davon < 21 Jahre	davon > 21 Jahre	davon bulgarisch	davon deutsch	davon spanisch	davon rumänisch	davon ukrainisch	davon ungarisch	davon sonstige
Stadt Freiburg	219	6	213	12	63	26	80	1	2	35
Landkreis Konstanz	117	0	117	1	8	12	61	0	5	30
Ortenaukreis	127	3	124	12	14	1	67	1	4	28
Schwarzwald-Baar-Kreis	124	3	121	2	10	14	50	1	16	31
Stadt Baden-Baden	81	3	65	2	6	6	22	2	6	21
Stadt Heidelberg	115	4	111	11	26	12	35	0	4	27
Stadt Karlsruhe	287	4	273	48	50	18	104	7	22	38
Stadt Mannheim	156	5	151	38	32	0	48	2	7	29
Stadt Pforzheim	137	4	133	7	21	14	57	11	10	17
Landkreis Karlsruhe	107	10	90	24	13	2	61	0	4	3
Landkreis Rastatt	58	2	56	4	14	6	16	0	0	18
Rhein-Neckar-Kreis	101	1	96	4	19	5	22	2	8	41
Stadt Stuttgart	604	72	532	96	104	38	231	4	66	65
Stadt Heilbronn	115	1	108	30	19	8	31	1	2	24
Landkreis Böblingen	393	13	380	24	30	52	225	1	11	50
Landkreis Esslingen	117	2	115	5	28	9	45	0	14	16
Landkreis Göppingen	40	1	39	0	8	2	13	0	9	8

Stadt-/Landkreis	Aktuell angemeldet	davon < 21 Jahre	davon > 21 Jahre	davon bulgarisch	davon deutsch	davon spanisch	davon rumänisch	davon ukrainisch	davon ungarisch	davon sonstige
Landkreis Heidenheim	13	0	13	1	7	1	3	0	0	1
Landkreis Ludwigsburg	112	11	101	11	26	8	53	0	1	13
Ostalbkreis	14	0	14	2	7	1	4	0	0	0
Rems-Murr-Kreis	125	1	122	8	15	14	58	2	12	16
Landkreis Schwäbisch Hall	16	0	16	0	4	0	8	0	0	4
Stadt Ulm	210	11	199	9	39	3	86	5	34	34
Bodenseekreis	131	4	127	1	13	9	64	3	9	32
Landkreis Ravensburg	12	0	12	0	3	0	3	0	2	4
Landkreis Reutlingen	108	2	106	2	19	18	32	1	5	31
Landkreis Tübingen	60	4	49	1	10	15	26	0	4	4

2. Wie viele in der Prostitution tätige Personen sind in Baden-Württemberg als Selbstständige bzw. als abhängig Beschäftigte steuerlich erfasst unter Darstellung der Höhe der Steuereinnahmen aus der Prostitution in den vergangenen zehn Jahren?

Zu I. 2.:

Eine umfassende Darstellung der Anzahl der steuerlich erfassten, in der Prostitution tätigen Personen in Baden-Württemberg nach den oben genannten Kriterien ist nicht möglich.

1. Steuerliche Erfassung im Bereich Prostitution

Hinsichtlich der steuerlichen Erfassung ist zwischen selbstständigen Personen in der Prostitution und abhängig beschäftigten Personen in der Prostitution zu unterscheiden. Darüber hinaus können Personen in der Prostitution am „Düsseldorfer Verfahren“ teilnehmen. Beim „Düsseldorfer Verfahren“ handelt es sich um ein vereinfachtes Vorauszahlungsverfahren. Die Teilnahme am Düsseldorfer Verfahren ist freiwillig.

a) Steuerliche Erfassung von selbstständig beschäftigten Personen in der Prostitution

Die Anzahl der selbstständig beschäftigten Personen in der Prostitution kann ausschließlich anhand der Gewerbekezniffer (im Folgenden: GKZ) ermittelt werden. Die Art der gewerblichen Tätigkeit bzw. des Betriebs ist bei der Steuererklärung von den Gewerbetreibenden selbst anzugeben. Ausgehend von diesen Angaben wird eine Gewerbekezniffer zugeordnet. Allerdings ist davon auszugehen, dass nicht alle Prostituierten bei der Abgabe ihrer Steuererklärungen eindeutige Angaben zu ihrer gewerblichen Tätigkeit oder dem Unternehmenszweck machen. Folglich verbleibt eine Dunkelziffer, die nicht unter der einschlägigen GKZ erfasst ist. Das gilt insbesondere auch dann, wenn die Tätigkeit nicht angemeldet wurde.

b) Steuerliche Erfassung von abhängig beschäftigten Personen in der Prostitution

Bei abhängig beschäftigten Personen in der Prostitution kann eine Auswertung mangels Verpflichtung zur Angabe des ausgeübten Berufes in der Einkommensteuererklärung nicht erfolgen.

2. Steuereinnahmen aus der Prostitution

Hinsichtlich der Höhe der Steuereinnahmen aus der Prostitution in Baden-Württemberg ist eine vollumfängliche Darstellung ebenfalls nicht möglich.

a) Einnahmen aus dem „Düsseldorfer Verfahren“

Nehmen selbstständig tätige Personen in der Prostitution freiwillig am „Düsseldorfer Verfahren“ teil, findet ein vereinfachtes Vorauszahlungsverfahren mit einem einheitlichen, pauschalen Tagessatz von 25,- Euro pro Tätigkeitstag statt, der durch die Betreiberin bzw. den Betreiber der jeweiligen Prostitutionsstätte einbehalten wird. Die Tagessätze werden von der Betreiberin bzw. dem Betreiber in Sammelanmeldungen festgehalten.

Die Steuerfahndungsstellen dokumentieren sowohl die teilnehmenden als auch die nicht teilnehmenden Prostitutionsstätten sowie die geleisteten Vorauszahlungen.

Nachfolgende statistische Werte zu den Steuereinnahmen aus dem Düsseldorfer Verfahren liegen vor:

Jahr	Vorauszahlungen in Tsd. Euro
2014	7 355
2015	7 841
2016	7 872
2017	7 852
2018	7 217
2019	6 725
2020	2 304
2021	1 231
2022	3 452

b) Einnahmen aus Gewerbebetrieb

Nimmt eine selbstständig tätige Person nicht am „Düsseldorfer Verfahren“ teil, so gelten grundsätzlich die gleichen Regeln wie für jeden anderen Gewerbebetrieb. Die GKZ der Rotlichtbetriebe (Oberbegriff für Bordelle, Eros-Center, Begleitedienste und vergleichbare Unternehmen) wurde erst im Laufe des Jahres 2019 eingeführt, sodass zum Stichtag 1. Januar 2019 noch keine Betriebe in dieser GKZ erfasst sind.

Die Anzahl der Betriebe und die jeweiligen Mehrsteuern aus den Betriebsprüfungen sind nachfolgenden Tabellen zu entnehmen:

Anzahl der Betriebe:

zum	1. Januar 2019	1. Januar 2024
Prostituierte	292	372
Rotlichtbetriebe	–	63

Mehrsteuern aus Prüfungen in Euro:

Jahr	Prostituierte	Rotlichtbetriebe
2013	235 490	
2014	57 948	
2015	52 415	
2016	71 655	
2017	3 930	
2018	11 071	
2019	84 265	–
2020	25 658	–
2021	–	–
2022	–	–
2023	–	–

Darüber hinaus können keine weiteren Angaben über Steuereinnahmen bei selbstständigen Personen in der Prostitution erhoben werden. Bei Personen in der Prostitution, die unter der oben genannten GKZ als Selbstständige erfasst sind und veranlagt werden und nicht bereits einer Betriebsprüfung unterlegen haben, ist die Höhe der Steuereinnahmen ohne Hinzuziehung der einzelnen Steuererklärungen nicht eindeutig zu benennen. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass Steuerfestsetzungen unter Zugrundelegung weiterer Einkunftsarten erfolgt sind. Die festgesetzte Steuer kann demzufolge nicht ausschließlich dieser Einkunftsart zugeordnet werden.

Zudem kommen die nicht am „Düsseldorfer Verfahren“ teilnehmenden Personen oftmals ihrer Pflicht zur Abgabe einer Steuererklärung nicht nach. Die Besteuerungsgrundlagen sind dann zu schätzen.

c) Einnahmen aus nichtselbstständiger Tätigkeit

Bei nichtselbstständig tätigen Personen in der Prostitution ist deren Tätigkeit nicht aus den Lohnsteuerdaten ersichtlich und daher nicht zuordenbar. Für die Zwecke der Besteuerung ist die konkrete Art der Tätigkeit in der Regel nicht relevant.

3. In welchen baden-württembergischen Gemeinden war bzw. ist es nach der Verordnung der Landesregierung über das Verbot der Prostitution vom 3. März 1976 nicht verboten, „der Prostitution nachzugehen“, unterteilt nach dem Stand bei Inkrafttreten der Verordnung und dem aktuellen Stand?

Zu I. 3.:

Gemäß Artikel 297 Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch kann die Landesregierung zum Schutz der Jugend oder des öffentlichen Anstandes

1. für das ganze Gebiet einer Gemeinde bis zu fünfzigtausend Einwohnern,
2. für Teile des Gebiets einer Gemeinde über zwanzigtausend Einwohner oder eines gemeindefreien Gebiets,

3. unabhängig von der Zahl der Einwohner für öffentliche Straßen, Wege, Plätze, Anlagen und für sonstige Orte, die von dort aus eingesehen werden können, im ganzen Gebiet oder in Teilen des Gebiets einer Gemeinde oder eines gemeindefreien Gebiets durch Rechtsverordnung verbieten, der Prostitution nachzugehen.

Durch Verordnung der Landesregierung über das Verbot der Prostitution vom 3. März 1976 ist in Baden-Württemberg zum Schutze der Jugend und des öffentlichen Anstandes für das ganze Gebiet von Gemeinden bis zu 35 000 Einwohnern verboten, der Prostitution nachzugehen.

Übersicht über die baden-württembergischen Gemeinden, in denen nach der Verordnung der Landesregierung über das Verbot der Prostitution vom 3. März 1976 nicht verboten war bzw. ist, „der Prostitution nachzugehen“:

Regierungs- bezirk	Stadt- bzw. Landkreis (SKR bzw. LKR)	Stadt	1976 (X = erlaubt)	2023 (X = erlaubt)
Stuttgart	SKR Stuttgart	Stuttgart	X	X
	LKR Böblingen	Böblingen	X	X
		Leonberg	X	X
		Sindelfingen	X	X
	LKR Esslingen	Esslingen am Neckar	X	X
		Filderstadt	-	X
		Kirchheim unter Teck	-	X
		Leinfelden-Echterdingen	-	X
		Nürtingen	-	X
	LKR Göppingen	Göppingen	X	X
		LKR Ludwigsburg	Bietigheim-Bissingen	-
	Ludwigsburg		X	X
	LKR Rems-Murr-Kreis	Backnang	-	X
		Fellbach	X	X
		Schorndorf	-	X
		Waiblingen	X	X
	SKR Heilbronn	Heilbronn	X	X
	LKR Schwäbisch Hall	Schwäbisch Hall	-	X
	LKR Heidenheim	Heidenheim an der Brenz	X	X
	LKR Ostalbkreis	Aalen	X	X
Schwäbisch Gmünd		X	X	
Karlsruhe	SKR Baden-Baden	Baden-Baden	X	X
	SKR Karlsruhe	Karlsruhe	X	X
	LKR Karlsruhe	Bruchsal	X	X
		Ettlingen	X	X
	LKR Rastatt	Rastatt	X	X
	SKR Heidelberg	Heidelberg	X	X
	SKR Mannheim	Mannheim	X	X
	LKR Rhein-Neckar-Kreis	Sinsheim	-	X
		Weinheim	X	X
SKR Pforzheim	Pforzheim	X	X	

Regierungs- bezirk	Stadt- bzw. Landkreis (SKR bzw. LKR)	Stadt	1976 (X = erlaubt)	2023 (X = erlaubt)
Freiburg	SKR Freiburg im Breisgau	Freiburg im Breisgau	X	X
	LKR Ortenaukreis	Offenburg	X	X
	LKR Schwarzwald-Baar- Kreis	Villingen-Schwenningen	X	X
	LKR Konstanz	Konstanz	X	X
		Lörrach	-	X
Tübingen	LKR Reutlingen	Reutlingen	X	X
	LKR Tübingen	Rottenburg am Neckar	-	X
		Tübingen	X	X
	SKR Ulm	Ulm	X	X
	LKR Bodenseekreis	Friedrichshafen	X	X
	LKR Ravensburg	Ravensburg	X	X

4. Inwieweit haben sich nach Einführung des Nordischen Modells in Frankreich im Jahr 2016 vermehrt in der Prostitution tätige Personen von dort in Deutschland angemeldet (bitte aufgelistet nach Jahren und Zahl der Anmeldungen)?

Zu I.4.:

Es wurden vereinzelt Anmeldungen von Personen mit französischer Staatsangehörigkeit von den unteren Verwaltungsbehörden rückgemeldet: Stadt Freiburg eine Anmeldung im Jahr 2018, Landkreis Konstanz eine Anmeldung im Jahr 2023, Stadt Stuttgart jeweils eine Anmeldung in den Jahren 2019, 2020 und 2022, Landkreis Böblingen eine Anmeldung im Jahr 2024, Landkreis Esslingen drei Anmeldungen im Jahr 2023 und Bodenseekreis eine Anmeldung im Jahr 2017. Insgesamt liegen dazu aber keine Erkenntnisse vor. Bei der Anmeldung nach dem ProstSchG wird lediglich die Staatsangehörigkeit ermittelt. Aus welchen Gründen die Personen in Deutschland arbeiten oder in welchen Ländern sie vorher in der Prostitution tätig waren, wird nicht erfasst. Es ist daher keine Auswertung möglich.

II. Handeln der zuständigen Behörden

1. Wie viele Genehmigungsverfahren gibt es seit dem Inkrafttreten des Prostituiertenschutzgesetzes (ProstSchG) in Baden-Württemberg hinsichtlich einer Erlaubnis für ein Prostitutionsgewerbe, unterteilt nach Art des Gewerbes, nach Erlaubnis unbefristet erteilt, Erlaubnis befristet erteilt, Erlaubnis nicht erteilt, noch keine Entscheidung, noch keine Entscheidung bei Prostitutionsgewerben, die bereits vor dem 1. Juli 2017 bestanden, sowie nach Stadt- und Landkreisen?

Zu II. 1.:

Stadt- bzw. Landkreis (SKR bzw. LKR)	Erlaubnis Prostitutionsstätten					Erlaubnis Prostitutionsvermittlungen				
	unbefristet	befristet	nicht erteilt	noch keine Entscheidung	vor 1.7.2017 noch keine Entscheidung	unbefristet	befristet	nicht erteilt	noch keine Entscheidung	vor 1.7.2017 noch keine Entscheidung
SKR Stuttgart	–	2	43	–	6	5	–	4	–	–
LKR Böblingen	3	–	–	–	–	2	–	–	–	–
LKR Esslingen	4	2	4	2	4	2	–	–	–	–
LKR Göppingen	3	–	6	–	2	1	–	–	–	–
LKR Ludwigsburg	5	1*	2	–	–	–	–	–	–	–
LKR Rems-Murr- Kreis	7	2	–	1	–	–	–	–	–	–
SKR Heilbronn	3	2	6	–	–	–	–	–	–	–
LKR Schwäbisch Hall	2	–	–	–	–	–	–	–	–	–
LKR Heidenheim	1	1	–	–	–	–	–	–	–	–
LKR Ostalbkreis	8	–	–	–	–	–	–	–	–	–
SKR Baden-Baden	1	–	–	1	3	–	–	–	–	–
SKR Karlsruhe	13	–	3	17	11	–	–	–	–	–
LKR Karlsruhe	7	–	–	–	–	–	–	–	–	–
LKR Rastatt	2	–	–	–	–	–	–	–	–	–
SKR Heidelberg	9	–	2	–	–	–	–	–	–	–
SKR Mannheim	18	–	4	–	–	2	–	–	–	–
LKR Rhein-Neckar- Kreis	3	–	–	–	1	–	–	–	–	–
SKR Pforzheim	7	–	1	–	4	–	–	–	–	–
SKR Freiburg im Breisgau	12	–	8	–	–	2	–	–	–	–
LKR Ortenaukreis	–	7	–	–	–	–	–	–	1	–
LKR Schwarzwald- Baar-Kreis	17	1	–	1	2	–	–	–	–	–
LKR Konstanz	6	–	1	–	–	–	–	–	–	–
LKR Reutlingen	8	–	–	–	–	1	–	–	–	–
LKR Tübingen	2	1	–	–	–	–	–	–	–	–
SKR Ulm	6	–	–	2	10	1	–	–	–	–
LKR Bodenseekreis	3	–	–	22	15	–	–	–	–	–
LKR Ravensburg	1	1	–	–	2	–	–	–	–	–

Für das Bereitstellen eines Prostitutionsfahrzeuges wurde seit Inkrafttreten des Prostituiertenschutzgesetzes bei den zuständigen Behörden in Baden-Württemberg keine Erlaubnis beantragt.

Für die Organisation bzw. Durchführung von Prostitutionsveranstaltungen wurde bei den zuständigen Behörden lediglich ein Erlaubnisantrag im Stadtkreis Mannheim gestellt, es wurde noch keine Entscheidung getroffen.

2. Bei wie vielen Genehmigungen wurden dabei gemäß § 37 Absatz 5 ProstSchG in begründeten Einzelfällen Ausnahmen von den Anforderungen nach § 18 Absatz 2 Nummer 2 und 4 bis 7 ProstSchG für Alt-Betriebe gewährt, unterteilt nach Art der Mindestanforderung sowie nach Stadt- und Landkreisen?

Zu II. 2.:

Stadt- bzw. Landkreis (SKR bzw. LKR)	Anzahl Genehmigungen von Alt-Betrieben mit Ausnahmen nach § 18 ProstSchG	davon Ausnahmen nach § 18 Abs. 2 ProstSchG				
		Nr. 2 (sachgerechtes Notrufsystem)	Nr. 4 (Sanitär- einrichtungen)	Nr. 5 (Aufenthalts- u. Pausenräume)	Nr. 6 (verschließbare Auf- bewahrungsmöglich- keiten)	Nr. 7 (Nutzung als Schlaf- oder Wohnraum)
SKR Stuttgart	–					
LKR Böblingen	1					1
LKR Esslingen	–					
LKR Göppingen	–					
LKR Ludwigsburg	–					
LKR Rems-Murr-Kreis	2	2	2	2	2	2
SKR Heilbronn	2					2
LKR Schwäbisch Hall	–					
LKR Heidenheim	1		1			
LKR Ostalbkreis	–					
SKR Baden-Baden	–					
SKR Karlsruhe	–					
LKR Karlsruhe	–					
LKR Rastatt	–					
SKR Heidelberg	–					
SKR Mannheim	–					
LKR Rhein-Neckar-Kreis	–					
SKR Pforzheim	–					
SKR Freiburg im Breisgau	–					
LKR Ortenaukreis	–					
LKR Schwarzwald-Baar- Kreis	1					1
LKR Konstanz	6					6
LKR Reutlingen	–					
LKR Tübingen	–					
SKR Ulm	1					1
LKR Bodenseekreis	–					
LKR Ravensburg	1					1

3. *Wie viele Kontrollen von Prostitutionsgewerben fanden seit Inkrafttreten des ProstSchG in Baden-Württemberg durch die Polizei und durch die zuständigen Behörden der Kommunen mit der Feststellung welcher Verstöße statt, unterteilt nach Stadt- und Landkreisen sowie Art und Weise der Ahndung, dabei insbesondere dem Entzug der Erlaubnis für ein Prostitutionsgewerbe?*

Zu II. 3.:

Die Polizei führt keine Statistik zu durchgeführten Kontrollen bei Prostitutionsgewerben und hierbei festgestellten Verstößen.

§ 35 ProstSchG regelt abschließend, über welche Sachverhalte Erhebungen für die Bundesstatistik durchzuführen sind. Eine statistische Erhebung der Zahl der durchgeführten Betriebskontrollen durch die zuständigen unteren Verwaltungsbehörden ist nicht enthalten.

Die Anzahl der Kontrollen von Prostitutionsstätten durch die zuständigen Behörden in den Stadt- und Landkreisen ergibt sich – soweit verfügbar – aus nachfolgender Tabelle.

Stadt- bzw. Landkreis (SKR bzw. LKR)	Anzahl Kontrollen	davon Feststellung von Verstößen	davon Anzahl	Art des Verstoßes	Art und Weise der Ahndung
SKR Stuttgart	565	Ca. 50	> 60	§ 33 Absatz 2 Nr. 4 ProstSchG (Mindestanforderungen)	Ordnungswidrigkeitsanzeigen durch die Verwaltungsbehörde bei der Zentralen Bußgeldstelle der LHS Stuttgart; dort dann entweder Einstellung des Verfahrens oder Ahndung in Gestalt von Bußgeldbescheiden.
			> 30	§ 33 Absatz 2 Nr. 1 ProstSchG (Wirtschaften ohne Erlaubnis)	
			> 20	§ 33 Absatz 2 Nr. 8 b ProstSchG (Kein Kondompflichtaushang)	
			ca. 10	§ 33 Absatz 2 Nr. 9 ProstSchG (Anmeldebescheinigung nicht vorlegen lassen)	
			> 10	weitere Ordnungswidrigkeiten gem. § 33 ProstSchG	
LKR Böblingen	4	0			
LKR Esslingen	Ca. 72	3	1	Abgelaufener Ausweis	Bußgeld
			2	Hinweis Kondompflicht	Verwarnung und Nachkontrolle
LKR Göppingen	23	6	1	§ 12 Absatz 1 ProstSchG (Betrieb ohne Erlaubnis)	Owi-Anzeige
			4	§ 25 Absatz 1 Nr. 4 ProstSchG (Prostituierte ohne Anmeldebescheinigung)	Owi-Anzeigen
			2	§ 32 Abs. 2 ProstSchG (Aushang Kondompflicht)	Owi-Anzeigen
LKR Ludwigsburg	37	18	7	Fehlendes Notrufsystem	Belehrung & Fristsetzung, 1 x Ablehnung Erlaubnis nach mehrfachen Verstößen
			2	Fehlender Pausenraum	Belehrung & Fristsetzung
			4	Fehlende Trennung Arbeit/Schlafen	Belehrung & Fristsetzung
			5	Mängel bzgl. CoronaVO	Belehrung & Fristsetzung, OWI
LKR Rems-Murr-Kreis	52	4	–	CoronaVO (3G-Nachweis fehlte, kein Hinweis auf Gesundheitsberatung)	Nachbesserung mit Fristsetzung
			1	Kein funktionierendes Notrufsystem	Keine Angabe
			1	Verstoß gegen die Pflicht zur Gesundheitsberatung	2 500 Euro Bußgeld, zudem Abgabe an Staatsanwaltschaft
			1	Verstoß gegen die Aufzeichnungspflicht	Entscheidung über Bußgeldhöhe steht noch aus
			1	OWI	Bußgeld

Stadt- bzw. Landkreis (SKR bzw. LKR)	Anzahl Kontrollen	davon Feststellung von Verstößen	davon Anzahl	Art des Verstoßes	Art und Weise der Ahndung
SKR Heilbronn	Nicht bekannt				
LKR Schwäbisch Hall	Kontrolle durch Polizei	Nicht bekannt			
LKR Heidenheim	2	0			
LKR Ostalbkreis	33	9	5	Verbotene Ausübung Prostitution	OWI
			1	Bedrohung Prostituierte/ Zwangsprostitution	Straftat
			1	Mitwirkungspflichten bei Kontrolle verletzt	Mündliche Belehrung
			1	Kein Hinweis auf Kondompflicht	Bußgeld
			1	Aufbewahrungsmöglichkeit der Prostituierten nicht abschließbar	Ermahnung
SKR Baden-Baden	1 x pro Jahr durch Polizei	1			
SKR Karlsruhe	Nicht bekannt				
LKR Karlsruhe	ca. 6	0			
LKR Rastatt	Kontrolle durch Polizei				
SKR Heidelberg	10	0			
SKR Mannheim	Jede Prostitutionsstätte seit 2017 mind. 1 x überprüft. Keine Verstöße, die verwaltungsrechtliche Maßnahmen nach sich zogen.				
LKR Rhein-Neckar-Kreis	ca. 4-5	1	1	Hygiene-Verstoß nach CoronaVO	Verwarnung
SKR Pforzheim	ca. 60 (seit 2021)	Nicht bekannt		gegen § 3 ProStSchG	Bußgeldverfahren/Verwarnung, wenn Unterlagen zeitnah beschafft
			2	gegen § 12 ProStSchG	Bußgeldverfahren
				§ 18 ProStSchG	Nachbesserung gefordert
SKR Freiburg im Breisgau	ca. 17	ca. 9	1	Kontrollpflicht gem. § 27 Absatz 2 ProStSchG	Bußgeld
			5	Betreiberpflicht: Auslage von Kondomen	Bußgeld
			5	Kein funktionsfähiges Notrufsystem	Bußgeld
			2	Nutzung weiterer Zimmer als Arbeitszimmer	Bußgeld
			1	Gleichzeitige Nutzung der Arbeitszimmer als Wohn-/Schlafzimmer	Bußgeld
			2	Hinweispflicht gem. § 32 Absatz 2 ProStSchG	Bußgeld
			1	Werbeverbot gem. § 32 Absatz 3 Nr. 1 ProStSchG	Bußgeld
LKR Ortenaukreis	3	0			
LKR Schwarzwald-Baar-Kreis	23	1	1	CoronaVO	Betriebsuntersagung vom 03.02.2021; Durchsetzung mit Zwangsmitteln; befristete Erlaubnis am 08.05.2021 ausgelaufen.
LKR Konstanz	4	1	1	Neu installiertes Notrufsystem funktionierte nicht	Sofortige Instandsetzung gefordert
LKR Reutlingen	16	4	2	Verstoß gg. Kontroll- u. Aufzeichnungspflichten gem. §§ 27, 28 ProStSchG	Bußgeld
			4	Verstoß gg. Erlaubnis (Anzahl genehmigte Zimmer) bzw. Betrieb ohne Erlaubnis	in Bearbeitung
			1	Verstoß gg. § 25 Abs. 2 ProStSchG	in Bearbeitung
LKR Tübingen	9	0			
SKR Ulm	ca. 60	Nicht bekannt	o. A.	Fehlender Aushang Kondompflicht	Nachbesserung gefordert
			o. A.	Fehlende Dokumentation	Nachbesserung gefordert

Stadt- bzw. Landkreis (SKR bzw. LKR)	Anzahl Kontrollen	davon Feststellung von Verstößen	davon Anzahl	Art des Verstoßes	Art und Weise der Ahndung
LKR Bodensee-kreis	ca. 50	Nicht bekannt	7	Coronaverstöße	Ordnungswidrigkeitsanzeige
			o. A.	Keine Trennung zwischen Wohn- und Arbeitsraum	Befreiung
			o. A.	Kein sachgerechtes Notrufsystem	Einhaltung durch Befreiung
			o. A.	Kein geeignetes Türschloss	Abmahnung
			o. A.	Keine Aufbewahrungsmöglichkeiten	Abmahnung
			2	Beschäftigung von Personen ohne Anmelde- oder Aliasbescheinigung	Ordnungswidrigkeitsanzeige
LKR Ravensburg	3	0			

4. Inwiefern besteht ein Austausch zwischen der Polizei und den zuständigen Behörden der Kommunen?

Zu II. 4.:

In Baden-Württemberg gibt es kommunale Runde Tische zur Bekämpfung des Menschenhandels und der Zwangsprostitution, an welchen die jeweils örtlich zuständigen Polizeidienststellen, Behörden und Fachberatungsstellen teilnehmen.

Zwischen Behörden und Polizei findet zudem ein anlassbezogener Austausch statt.

Die Rückmeldungen der einzelnen Behörden zum Austausch mit der Polizei wurden zur besseren Lesbarkeit geclustert.

Stadt-/Landkreis	Austausch zwischen Polizei und Kommunen
Stadt Freiburg	Regelmäßiger Austausch zwischen Polizei und zuständigen Behörden
Stadt Konstanz	Regelmäßiger Austausch zwischen Polizei und zuständigen Behörden
Stadt Offenburg	Anlassbezogener Austausch
Stadt Villingen-Schw.	Regelmäßiger Austausch zwischen Polizei und zuständigen Behörden
LRA Konstanz	Regelmäßiger Austausch zwischen Polizei und zuständigen Behörden
Ortenaukreis	Regelmäßiger Austausch zwischen Polizei und zuständigen Behörden (Örtliche Fachgruppe)
Schwarzwald-Baar-Kr.	Regelmäßiger Austausch zwischen Polizei und zuständigen Behörden (Runder Tisch)
Stadt Baden-Baden	Anlassbezogener Austausch
Stadt Heidelberg	Regelmäßiger Austausch zwischen Polizei und zuständigen Behörden (Runder Tisch)
Stadt Karlsruhe	Regelmäßiger Austausch zwischen Polizei und zuständigen Behörden (Örtliche Fachgruppe)
Stadt Mannheim	Regelmäßiger Austausch zwischen Polizei und zuständigen Behörden (Runder Tisch)
Stadt Pforzheim	Regelmäßiger Austausch zwischen Polizei und zuständigen Behörden (Runder Tisch)
LRA Karlsruhe	Regelmäßiger Austausch zwischen Polizei und zuständigen Behörden (Örtliche Fachgruppe)
Stadt Stuttgart	Regelmäßiger Austausch zwischen Polizei und zuständigen Behörden
Stadt Aalen	Regelmäßiger Austausch zwischen Polizei und zuständigen Behörden
Stadt Backnang	Regelmäßiger Austausch zwischen Polizei und zuständigen Behörden
Stadt Bietigheim-Biss.	Anlassbezogener Austausch
Stadt Esslingen	Anlassbezogener Austausch
Stadt Fellbach	Aktuell kein Austausch, kein Bedarf
Stadt Filderstadt	Aktuell kein Austausch, kein Bedarf
Stadt Göppingen	Anlassbezogener Austausch
Stadt Heidenheim	Anlassbezogener Austausch
Stadt Kirchheim u. T.	Aktuell kein Austausch, Personalmangel
Stadt Leinfelden Echt.	Anlassbezogener Austausch
Stadt Leonberg	Aktuell kein Austausch
Stadt Ludwigsburg	Regelmäßiger Austausch zwischen Polizei und zuständigen Behörden
Stadt Nürtingen	Anlassbezogener Austausch
Stadt Ostfildern	Anlassbezogener Austausch
Stadt Schorndorf	Regelmäßiger Austausch zwischen Polizei und zuständigen Behörden
Stadt Schwäbisch Gmünd	Regelmäßiger Austausch zwischen Polizei und zuständigen Behörden
Stadt Schwäbisch Hall	Aktuell kein Austausch
Stadt Sindelfingen	Regelmäßiger Austausch zwischen Polizei und zuständigen Behörden
Stadt Waiblingen	Regelmäßiger Austausch zwischen Polizei und zuständigen Behörden
Stadt Heilbronn	Regelmäßiger Austausch zwischen Polizei und zuständigen Behörden (Runder Tisch)
LRA Böblingen*	
LRA Esslingen	Regelmäßiger Austausch zwischen Polizei und zuständigen Behörden (Runder Tisch)
LRA Göppingen	Anlassbezogener Austausch
LRA Heidenheim	Anlassbezogener Austausch
LRA Ludwigsburg*	
Ostalbkreis*	

Stadt-/Landkreis	Austausch zwischen Polizei und Kommunen
Rems-Murr-Kreis*	
LRA Schwäbisch Hall*	
Stadt Ulm	Regelmäßiger Austausch zwischen Polizei und zuständigen Behörden (Runder Tisch)
Stadt Friedrichshafen	Anlassbezogener Austausch
Stadt Ravensburg	Regelmäßiger Austausch zwischen Polizei und zuständigen Behörden
Stadt Reutlingen	Anlassbezogener Austausch
Stadt Rottenburg	Beantwortung gegenseitiger Anfragen
Stadt Tübingen	Regelmäßiger Austausch zwischen Polizei und zuständigen Behörden
Bodenseekreis*	
LRA Ravensburg*	
LRA Reutlingen*	
LRA Tübingen*	

* Die Landratsämter haben keine Angaben zur Zusammenarbeit mit der Polizei gemacht, es ist aber darauf hinzuweisen, dass die Behörden in den einzelnen Kommunen der Landkreise einen Austausch mit der Polizei pflegen.

5. In wie vielen Fällen wurden von der zuständigen Behörde gemäß § 9 Absatz 2 Nummer 1 ProStSchG Schutzmaßnahmen veranlasst, weil sich tatsächliche Anhaltspunkte dafür ergeben haben, dass eine Person unter 21 Jahre alt ist und durch Dritte zur Aufnahme oder Fortsetzung der Prostitution gebracht wird oder werden soll, unterteilt nach Art der Schutzmaßnahme, ausführende Stelle sowie nach Stadt- und Landkreisen?

6. In wie vielen Fällen wurden von der zuständigen Behörde gemäß § 9 Absatz 2 Nummer 2 ProStSchG Schutzmaßnahmen veranlasst, weil sich tatsächliche Anhaltspunkte dafür ergeben haben, dass eine Person von Dritten durch Ausnutzung einer Zwangslage, ihrer Hilflosigkeit, die mit ihrem Aufenthalt in einem fremden Land verbunden ist, oder ihrer persönlichen oder wirtschaftlichen Abhängigkeit zur Prostitution veranlasst wird oder werden soll oder diese Person von Dritten ausgebeutet wird oder werden soll, unterteilt nach Art der Schutzmaßnahme, ausführende Stelle sowie nach Stadt- und Landkreisen?

Zu II. 5. und 6.:

Die Fragen 5 und 6 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Überwiegend wurden von den Stadt- und Landkreisen keine Schutzmaßnahmen veranlasst. Es werden im Folgenden lediglich die Stadt- und Landkreise aufgeführt, die rückgemeldet haben, dass aufgrund von Anhaltspunkten Schutzmaßnahmen gem. § 9 Absatz 2 Nr. 1 und 2 veranlasst wurden.

Stadt-/Landkreis:		Landkreis Karlsruhe	
I	Anzahl der Fälle, in denen Schutzmaßnahmen (Zwangsprostitution, Personen unter 21 Jahren) veranlasst wurden		
	0		
II	Anzahl der Fälle, in denen Schutzmaßnahmen (Zwangsprostitution) veranlasst wurden		
	4		
Anzahl	Art der Schutzmaßnahme	Ausführende Stelle	
II	1	Schutzunterbringung	Gesundheitsamt in Kooperation mit Kriminalpolizei
II	2	Vermittlung an NGO (bzgl. Schutzunterbringung)	Gesundheitsamt in Kooperation mit Fachberatungsstelle
II	1	Hilfe beim geheimen Verlassen der Behörde	Ordnungsamt in Kooperation mit Kriminalpolizei

Stadt-/Landkreis:		Landkreis Böblingen	
I	Anzahl der Fälle, in denen Schutzmaßnahmen (Zwangsprostitution, Personen unter 21 Jahren) veranlasst wurden		
	2		
II	Anzahl der Fälle, in denen Schutzmaßnahmen (Zwangsprostitution) veranlasst wurden		
	7		
Anzahl	Art der Schutzmaßnahme	Ausführende Stelle	
I	2	Vermittlung an Fachberatungsstelle für Betroffene von Menschenhandel	Gesundheitsamt in Kooperation mit Fachberatungsstelle
II	2	Vermittlung an Fachberatungsstelle für Betroffene von Menschenhandel oder Fachberatungsstelle für Menschen in der Prostitution	Gesundheitsamt in Kooperation mit Fachberatungsstelle

Nach Rückmeldung der unteren Verwaltungsbehörden und Fachberatungsstellen unterlassen die Betroffenen häufig jegliche Aussage, die einer Erteilung der Anmeldung im Wege stehen könnte.

Häufig besteht aufgrund von Erfahrungen im Heimatland eine große Skepsis und ein Misstrauen gegenüber öffentlichen Stellen, NGOs, Behörden und der Polizei. Weiter haben in der Prostitution tätige Personen häufig die Befürchtung, dass ihre Tätigkeit an Dritte kundgetan wird. Zudem ist anzunehmen, dass Personen, die unter Zwang der Prostitution nachgehen, nicht die Möglichkeit zur Beratung erhalten und somit weiterhin im Dunkelfeld arbeiten.

Die Beratungsstellen nach § 10 ProstSchG „gesundheitliche Beratung“ der Gesundheitsämter/Landratsämter in Baden-Württemberg bieten durch einen vertraulichen und geschützten Rahmen eine Möglichkeit zum Schutz für Menschen in der Prostitution. In diesem Zusammenhang wurde auch ein Bewertungsbogen zur Gefährdungsanalyse bei Verdacht auf das Vorliegen einer Straftat im Bereich Menschenhandel und zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung (§ 232 StGB), Zwangsprostitution (§ 232a StGB), Zuhälterei (§ 181a StGB) und Ausbeutung von Prostituierten (§ 180a StGB) in Absprache mit dem Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen erarbeitet.

Um die Mitarbeitenden in den Behörden weiter zu sensibilisieren, fördert das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration seit April 2023 ein Fortbildungsprojekt des Diakonischen Werks Freiburg zum Thema Prostitution und Menschenhandel, das sich an Fachkräfte richtet und Module mit verschiedenen Schwerpunkten umfasst.

III. Maßnahmen und mögliche Maßnahmen der Landesregierung

1. Welche Maßnahmen trifft die Landesregierung, um die in Artikel 9 des Palermo-Protokolls formulierte Verpflichtung auf Landesebene umzusetzen und „der Nachfrage entgegenzuwirken, die alle Formen der zum Menschenhandel führenden Ausbeutung von Personen, insbesondere von Frauen und Kindern, begünstigt“?

Zu III. 1.:

Das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration fördert die drei anerkannten Fachberatungsstellen für Betroffene von Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung FIZ in Stuttgart, FreiJa in Freiburg/Kehl und Mitternachtsmission in Heilbronn. In Baden-Württemberg besteht zudem ein gewachsenes Angebot von Fachberatungsstellen für Menschen in der Prostitution, gegen häusliche Gewalt und gegen sexualisierte Gewalt sowie von Interventionsstellen, von Frauennotrufen und von Beratungsstellen bei sexualisierter Gewalt in Kindheit und Jugend.

Zudem werden durch die Landesregierung Projekte unter anderem im Bereich Prostitution, Menschenhandel und geflüchtete Frauen gefördert, sowie Ausstiegsprojekte (ESF-Förderung). Diese Projekte haben im Schwerpunkt einen präventiven Charakter, zum Beispiel fördert das Sozialministerium eine Wanderausstellung zum Thema „Loveboy-Methode“ mit begleitenden Sensibilisierungsveranstaltungen und Informationsmaterialien.

Seit 2007 regelt in Baden-Württemberg der „Leitfaden für die Kooperation zwischen Behörden und Fachberatungsstellen in Baden-Württemberg zur Verbesserung des Schutzes von Opfern und der Strafverfolgung in Fällen von Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung (§ 232 StGB)“, wie Behörden, Institutionen und Fachberatungsstellen bei Menschenhandelsfällen zur sexuellen Ausbeutung zusammenarbeiten. Der Leitfaden hat das Ziel, zu gewährleisten, dass die Betroffenen Unterstützung erhalten, ihre Rechte geltend machen können und es zu einer Strafverfolgung der Täterinnen und Täter kommt. Der im September 2007 ins Leben gerufene und im Mai 2016 zuletzt rechtlich aktualisierte Kooperationsleitfaden wurde 2023 umfassend überarbeitet und an Rechtsänderungen und die aktuelle Lage angepasst. Die neue Fassung des Leitfadens wurde im November 2023 in einer Fachveranstaltung vorgestellt und veröffentlicht.

Zudem tauscht sich das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration regelmäßig und anlassbezogen mit den Fachberatungsstellen aus und es besteht ein enger Kontakt zur Berichterstattungsstelle Menschenhandel beim Deutschen Institut für Menschenrechte. Das Deutsche Institut für Menschenrechte wurde vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend mit der unabhängigen innerstaatlichen Berichterstattung beauftragt. Deutschland kommt damit seiner Verpflichtung aus Artikel 19 Satz 1 der EU-Richtlinie 2011/36/EU zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels und seiner Opfer (EU-Menschenhandelsrichtlinie) nach.

Zur Bekämpfung von Menschenhandel zum Zwecke der Arbeitsausbeutung wurde unter Leitung des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus im Februar 2018 ein Runder Tisch eingerichtet. In dessen Rahmen wurde eine Arbeitsgruppe einberufen, in welcher alle beteiligten Stellen und externe Institutionen den Leitfaden „Gemeinsam gegen Menschenhandel und Arbeitsausbeutung – Leitfaden für die Kooperation zwischen Behörden und Fachberatungsstellen in Baden-Württemberg“ erstellten. Dieser wurde am 30. September 2019 bei der Abschlussveranstaltung des Runden Tisches unter der Leitung von Frau Ministerin Dr. Hoffmeister-Kraut MdL vorgestellt und verabschiedet.

Ein Fachtag zum Thema „Gemeinsam gegen Menschenhandel und Arbeitsausbeutung“ fand im Mai 2022 statt. Der Fachtag wurde in Kooperation mit dem DGB Baden-Württemberg und dem Bündnis Faire Arbeitsmigration ausgerichtet. Dort haben sich Beschäftigte von Institutionen und Behörden, die in erster Linie die Zielgruppe des Leitfadens sind, informieren und austauschen können.

Darüber hinaus kofinanziert das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus mit Mitteln aus dem ESF-Plus zwei Beratungsstellen. Zum einen wird das Projekt „IBERA“ (Information und Beratung zu Rechten für Arbeitskräfte aus der EU) vom Verein für internationale Jugendarbeit e. V. (VIJ) in Stuttgart gefördert. Dieses bietet Psychosoziale Beratung, arbeitsrechtliche Informationsberatung, Unterstützung bei der Durchsetzung von Rechten, Hilfe im Umgang mit Behörden. Unterstützung in Krisen, Psychosoziale Prozessbegleitung an. Zum anderen das Projekt „Faire Mobilität Mannheim“ in Mannheim, welche arbeits- und sozialrechtliche Beratung vor allem für Migranten aus Südosteuropa leistet.

Letztlich veranstaltet das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus jährlich ein Treffen auf Arbeitsebene der verschiedenen Akteure aus Baden-Württemberg im Bereich Menschenhandel/Arbeitsausbeutung.

Die Fachdienststellen der jeweiligen Polizeipräsidien führen, unter Berücksichtigung der regionalen Gegebenheiten, polizeiliche Maßnahmen durch, um die in der Prostitution tätigen Personen zu schützen. Hierzu zählen unter anderem regelmäßige gezielte Personen- und Objektkontrollen, aber auch Opfer- und Zeugenschutzmaßnahmen in konkreten Fällen.

2. Wie viele polizeiliche Sonderermittlungseinheiten zur Bekämpfung von Zuhälterei, Zwangsprostitution, Menschenhandel und sexueller Ausbeutung mit jeweils wie vielen besetzten Stellen gibt es in Baden-Württemberg?

Zu III. 2.:

Im Deliktbereich Menschenhandel, Zuhälterei und Zwangsprostitution agieren professionelle Tätergruppierungen typischerweise international. In Deutschland werden die Opfer zur Prostitution gebracht oder gezwungen, während die Täter in den Herkunftsländern häufig auf die Familien der Opfer einwirken. Die effiziente Bekämpfung solcher kriminellen Netzwerke erfordert international vernetzte Strafverfolgungsbehörden und intensive länderübergreifende Zusammenarbeit.

Deshalb existiert beim Landeskriminalamt seit mehreren Jahren die Gemeinsame Ermittlungsgruppe Schleuser (GES), welche sich aus Beamtinnen und Beamten der Polizei Baden-Württemberg und der Bundespolizei zusammensetzt. Diese ist international vernetzt und bearbeitet als spezialisierte Dienststelle herausragende Fälle von Menschenhandel und Zwangsprostitution. Die GES ist derzeit mit je drei Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten der Polizei Baden-Württemberg und der Bundespolizei besetzt.

Darüber hinaus gibt es bei jedem regionalen Polizeipräsidium Arbeitsbereiche, welche für die Bekämpfung dieser Art von Kriminalität und entsprechende milieuspezifische Überwachungsmaßnahmen zuständig sind. Die Anzahl der eingesetzten Beamtinnen und Beamten variiert und bemisst sich an den aktuellen regionalen Gegebenheiten.

3. Wie bewertet die Landesregierung den Vorschlag einer landesweit einheitlichen Bescheinigung über die gesundheitliche Beratung (§ 10 ProstSchG) – beispielsweise im Scheckkartenformat?

Zu III. 3.:

Bereits 2017 wurde ein Vordruck als Ausweisvorschlag für die gesundheitliche Beratung seitens des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration an die Ämter versandt. Diese wird seither seitens einiger Ämter genutzt. Eine im Jahr 2021 durchgeführte Umfrage zur Vereinheitlichung der Bescheinigung bei den Beratungsstellen der Ämter ergab positive Rückmeldungen, sodass das Thema 2022 in den Bund/Länder Ausschuss ProstSchG mitgenommen und diskutiert wurde. Ein Konsens konnte jedoch nicht gefunden werden.

Die Landesregierung wartet derzeit die Ergebnisse der Evaluation des ProstSchG ab, die bis Juli 2025 dem Bundestag vorgestellt werden sollen. Es wird an der bisherigen Administration des Bundesgesetzes festgehalten, bis die Evaluationsergebnisse nächstes Jahr bekannt sind. Es bleibt abzuwarten, ob die Evaluation eine bundeseinheitliche Regelung zur Vereinheitlichung der Bescheinigungen als sinnvoll erachtet.

4. Aus welchen Gründen wird im Leitfaden des Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration für Behörden und vom Land anerkannte Fachberatungsstellen zur Verbesserung des Schutzes von Betroffenen und der Strafverfolgung in Fällen von Menschenhandel, Zwangsprostitution und sexueller Ausbeutung (§§ 232, 232a, 233a StGB) vom November 2023 als Schutzmaßnahme nach § 9 Absatz 2 ProstSchG lediglich die Vermittlung an eine Fachberatungsstelle genannt und nicht etwa die Einschaltung eines sozialpsychiatrischen Dienstes, des Jugendamtes, der Polizei oder anderer geeigneter und erreichbarer Institutionen?

Zu III. 4.:

Nach § 9 Absatz 2 ProstSchG hat die zuständige Behörde unverzüglich die zum Schutz der Person erforderlichen Maßnahmen zu veranlassen, wenn sich tatsächliche Anhaltspunkte dafür ergeben, dass das Wohl einer Person in gravierender Weise – insbesondere durch Zwangsprostitution – gefährdet ist. Es besteht in diesen Fällen somit bereits eine gesetzlich normierte Pflicht für die zuständige Behörde, geeignete Schutzmaßnahmen zu initiieren. Dies kann in Abhängigkeit von der jeweiligen Situation etwa die Einschaltung eines sozial-psychiatrischen Dienstes, des Jugendamtes, der Polizei oder anderer geeigneter und erreichbarer Institutionen bedeuten.

Die Empfehlung unter Punkt 8 des Leitfadens zur Bekämpfung von Menschenhandel Baden-Württemberg (Stand November 2023) stellt eine Ergänzung zu dieser gesetzlichen Verpflichtung dar, die dem unmittelbaren Schutz der betroffenen Person dient. Die Fachberatungsstellen sind hierbei in der amtlichen Gesetzesbegründung zum ProstSchG (BT-Drs. 18/8556) explizit als geeignete Stelle für unmittelbare Schutzmaßnahmen genannt.

5. Welche Maßnahmen plant oder setzt die Landesregierung nach Auslaufen der Förderung für das Projekt „Mobile Teams in den Bereichen Gewaltschutz, Menschenhandel und Prostitution“ im Dezember 2023 zum Gewaltschutz von Frauen und Kindern sowie zur Vermeidung von Menschenhandel und Zwangsprostitution um, damit dem immer noch hohen Anteil von Prostitution im sogenannten Dunkelfeld angemessen begegnet werden kann?

Zu III. 5.:

Nach Auslaufen der Projektförderung „Mobile Teams in den Bereichen Gewaltschutz, Menschenhandel und Prostitution“ im Dezember 2023 hat die Landesregierung die Förderung der Mobilien Teams in die VwV Fachberatungsstellen integriert. Konkret wurden im Zuge der Novellierung der rückwirkend zum 1. Januar 2024 in Kraft getretenen VwV Fachberatungsstellen die Mobilien Teams sämtlicher förderungsfähiger Fachberatungsstellen – darunter Fachberatungsstellen gegen häusliche Gewalt, Fachberatungsstellen gegen sexualisierte Gewalt sowie Fachberatungsstellen für Menschen in der Prostitution und für Betroffene von Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung – als neuen Förderungsgegenstand mit in die VwV aufgenommen. Das heißt, die Träger der Fachberatungsstellen und dazugehörigen Mobilien Teams können jährlich neben einem Zuschuss für die Fachberatungsstelle auch einen Zuschuss für das Mobile Team beantragen. Die Förderung der Mobilien Teams richtet sich nach den verfügbaren Haushaltsmitteln, wobei sich die maximale jährliche Förderhöhe am VZÄ des im Mobilien Team beschäftigten Personals orientiert und maximal 44 500,00 Euro betragen kann.

Neben der Förderung der Fachberatungsstellen und Mobilen Teams werden weitere Maßnahmen im Bereich Prostitution und Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung gefördert, dazu gehören insbesondere:

- Förderung des Landesnetzwerks Prostitution e. V.;
- ESF-Förderung von Ausstiegsprojekten (s. Frage V. 2.)
- Förderung der Informationswebsite und App „Bleibsafe.info“ einschließlich Online-Beratung;
- Förderung eines Schulungsprojektes zum Bereich Prostitution und Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung (inkl. Modul zum Thema „Loverboy-Methode“);
- Förderung einer Wanderausstellung zum Thema „Loverboy-Methode“.

6. Wie bewertet die Landesregierung den Wunsch der Polizei nach mehr Eingriffsbefugnissen bei Organisierter Kriminalität im Bereich Menschenhandel und Zwangsprostitution?

Zu III. 6.:

Zur wirksamen Bekämpfung der Organisierten Kriminalität macht die Polizei von den zur Verfügung stehenden Eingriffsbefugnissen im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten konsequent Gebrauch.

Darüber hinaus prüft das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen regelmäßig die bestehenden rechtlichen Rahmenbedingungen auf Anpassungsbedarfe zur effektiven Bekämpfung bedeutender Kriminalitätsformen und bindet hierzu immer das Landeskriminalamt ein.

Beispielsweise setzt sich das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen in der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder und im Bundesrat für die Vorratsdatenspeicherung von IP-Adressen nach Maßgabe der Rechtsprechung des EuGH (Urteil vom 20. September 2022, verbundene Rechtssache Az. C-793/19 und C-749/19 sowie Urteil vom 30. April 2024, Az. C-470/21) durch den Bund ein. Diese ist auch für Ermittlungen zur Bekämpfung von Zuhälterei, Zwangsprostitution, Menschenhandel und sexueller Ausbeutung, welche über das Internet angeboten wird, von Bedeutung. Das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen setzt sich zudem dafür ein, die rechtlichen Voraussetzungen für den Einsatz von Verdeckten Ermittlern und Vertrauenspersonen nicht zu erschweren, da diese zur effektiven Bekämpfung der Organisierten Kriminalität unerlässlich sind.

7. Welche Maßnahmen zur Kontrolle und anlass(un)abhängigen Recherchen bzw. auch der Online-Streifen plant oder führt die Landesregierung im Hinblick auf Freier-Foren durch, in denen verbotene und menschenverachtende Praktiken beworben oder Straftaten gebilligt werden?

Zu III. 7.:

Die Polizei recherchiert regelmäßig anlassunabhängig im Internet auf einschlägigen Internetportalen, sogenannten Freierforen, mittels einer Spezialsoftware. Ziel der Recherchen ist es, Verdachtsmomente für Straftaten zu erkennen und gegebenenfalls gefahrenabwehrrechtliche Maßnahmen durchführen zu können. Diese Maßnahmen gewinnen zunehmend an Bedeutung.

Im Deliktsfeld Menschenhandel allgemein, insbesondere im Bereich der Zwangsprostitution, ist von einem hohen Dunkelfeld auszugehen. Seit längerem ist der Trend zu beobachten, dass sich die Prostitution aus den offiziellen Prostitutionsstätten in den privaten Bereich verlagert. Dieser Trend hat sich durch die Maßnahmen zur Bekämpfung der Coronapandemie und die damit einhergehenden Schließungen von Bordellbetrieben verstärkt. Das Anbieten von sexuellen Dienstleistungen erfolgt mittlerweile häufig über das Internet, während sich die Prostitution

selbst vermehrt in Hotels und (Ferien-)Wohnungen verlagert. Dabei werden die Vorschriften des Prostituiertenschutzgesetzes oft missachtet und versucht, bisher gängige Überwachungsmöglichkeiten von Behörden und Polizei gezielt zu unterlaufen.

8. *Wie beurteilt sie die in der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 14. September 2023 zur Regulierung der Prostitution in der EU enthaltenen Hinweise zum „Nordischen Modell“, insbesondere die in Nummer 42 der Entschließung enthaltene Aufforderung an die Mitgliedstaaten, „sicherzustellen, dass es unter Strafe gestellt wird, von einer Person eine sexuelle Handlung gegen Entgelt, das Versprechen eines Entgelts, die Gewährung eines geldwerten Vorteils oder das Versprechen eines solchen Vorteils zu verlangen, anzunehmen oder zu erhalten“?*

Zu III. 8.:

Am 1. Juli 2017 trat das Prostituiertenschutzgesetz in Kraft. Das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen e. V. führt hierzu im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend seit dem 1. Juli 2022 eine umfassende Evaluation durch. Das Ergebnis soll spätestens am 1. Juli 2025 dem Deutschen Bundestag vorgelegt werden. Erst nach Abschluss der Evaluation kann eine fundierte Bewertung der Wirksamkeit des Prostituiertenschutzgesetzes getroffen werden.

IV. Situation der in der Prostitution tätigen Personen

1. *Welche Kenntnisse haben die Landesregierung und die Beratungsstellen über den gesundheitlichen (körperlichen und psychischen) Zustand der in Baden-Württemberg in der Prostitution tätigen Personen auch im Hinblick auf die Dauer der Tätigkeit sowie über die Behandlungsmöglichkeiten?*

Zu IV. 1.:

Im Rahmen der nach § 10 ProstSchG stattfindenden gesundheitlichen Beratung in den Gesundheitsämtern/Landratsämtern wird die Möglichkeit gegeben, aktuell bestehende gesundheitliche Beschwerden anzugeben. Die Beraterinnen und Berater werden in regelmäßig stattfindenden Workshops fortgebildet. In Qualitätszirkeln werden Handlungsempfehlungen für die Beratungen erarbeitet, regelmäßig aktualisiert und den Beraterinnen und Beratern zur Verfügung gestellt. Arbeitshilfen in Form von Pictogrammen und in unterschiedlichen Sprachen übersetzte Audiodateien unterstützen die gesundheitliche Beratung und Aufklärung. Gemäß Infektionsschutzgesetz können die Gesundheitsämter bezüglich sexuell übertragbarer Krankheiten und Tuberkulose Beratung und Untersuchung anbieten. In bestimmten Fällen kann dies auch eine (bei sexuell übertragbaren Krankheiten ggf. anonyme) ambulante Behandlung umfassen.

Die Mitarbeitenden der Beratungsstellen haben sehr unterschiedliche Kenntnisse über den gesundheitlichen Zustand der in Baden-Württemberg in der Prostitution tätigen Personen. Generell lässt sich sagen, dass durch die Ausübung der Sexarbeit erhöhte gesundheitliche Risiken sowohl körperlich als auch psychisch bestehen (sexuell übertragbare Infektionen, körperliche Belastung, psychische Belastung, Suchterkrankungen, Stress, Gefährdung durch Gewalt).

Insbesondere im Bereich der Armutprostitution spielt die Gesundheit eine große Rolle, da in den meisten Fällen keine Krankenversicherung in Deutschland oder EU-Krankenversicherung im Herkunftsland besteht. Behandlungen und Therapien müssen privat bezahlt werden und werden deshalb nur im äußersten Notfall eingegangen. Es findet in der Regel keine oder eine mangelnde Vorsorge statt. Unterstützungsanfragen in medizinischen Fragen erreichen die Mitarbeitenden der Beratungsstellen hauptsächlich zu gynäkologischen Untersuchungen, allgemeinmedizinischen und zahnärztlichen Problemen. Dabei handelt es sich nicht hauptsächlich um spezifische Krankheitsbilder von Menschen in der Prostitution,

sondern die Menschen suchen Unterstützung, da sie oftmals nicht krankenversichert sind und dadurch die Hürde eines Arztbesuches für sie hoch ist.

Zudem sind ungewollte Schwangerschaften und Schwangerschaftsabbrüche ein wiederkehrendes gesundheitliches Thema.

Aus Gesprächen mit Personen aus der Prostitution geht hervor, dass sie den Druck, die Familie im Heimatland finanziell unterstützen zu müssen, als psychisch belastend empfinden. Hinzu kommen persönliche und finanzielle Abhängigkeiten bis hin zur Überschuldung. Zudem ist die starke Diskriminierung der Tätigkeit in der Prostitution belastend.

Den Mitarbeitenden der Beratungsstellen in Baden-Württemberg ist kein grundlegender Zusammenhang zwischen Umfang und Dauer der Tätigkeit und dem gesundheitlichen Zustand bekannt. Anders ist dies zu sehen, wenn die Tätigkeit langfristig gegen die eigene Überzeugung und entgegen der eigenen psychischen/ physischen Gesundheit ausgeübt wird, hier ist ein massiver negativer Einfluss auf die Gesundheit nicht auszuschließen.

Des Weiteren kann auf die Ergebnisse der aktuellen DAH (Deutsche Aids Hilfe) Studie zur gesundheitlichen Situation Sexarbeitender in Deutschland hingewiesen werden, die online abrufbar sind.

2. Wie erklärt es sich, dass nach Aussagen der Beratungsstellen die allermeisten der in Baden-Württemberg in der Prostitution tätigen Personen keine Krankenversicherung haben und wie bewertet die Landesregierung diesen Zustand?

Zu IV. 2.:

Nach Meinung der Mitarbeitenden der Fachberatungsstellen für Menschen in der Prostitution handelt es sich nicht um die allermeisten Sexarbeitenden, die nicht krankenversichert sind, sondern im Vergleich zur restlichen Bevölkerung in Baden-Württemberg um einen überdurchschnittlich hohen Anteil. Auch muss beachtet werden, dass Prostituierte in nahezu allen Fällen selbstständig tätig sind, also keiner sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit in einem Angestelltenverhältnis nachgehen und somit nicht gesetzlich pflichtversichert sind. Teilweise kann eine Krankenversicherung im Herkunftsland nachgewiesen werden, teilweise aber auch nicht.

Teilweise wird für die Personengruppe, die in der Prostitution arbeiten, bei der Beitragsbemessung der Höchstsatz angesetzt, was eine enorme finanzielle Belastung bedeutet. Am häufigsten von einer fehlenden Krankenversicherung betroffen sind nach Aussage der Fachberatungsstellen Personen, die eher im Bereich der sogenannten Armutsprostitution anzutreffen sind. Hier handelt es sich häufig um eine bewusste Entscheidung gegen eine Versicherung sowohl im Herkunftsland als auch in Deutschland. Diese Personen benötigen das verdiente Geld häufig für andere existenzsichernde Dinge oder die Familie im Heimatland.

Zudem werden die folgenden Aspekte zurückgemeldet, die einer Krankenversicherung für Personen in der Prostitution entgegenstehen:

- Krankenversicherungen können zu einer Schuldenfalle werden, da die Beiträge nicht regelmäßig aufgebracht werden können.
- Der Zugang zu einer Krankenversicherung ist von vornherein nicht möglich, da Versicherungen diesen Personenkreis generell ablehnen oder
- benötigte Papiere oder Vorversicherungszeiten für eine Krankenversicherung können nicht nachgewiesen werden.

Mit dem Förderprogramm „Projekte zur anonymen Krankenbehandlung“ werden aktuell zehn Modellprojekte durch das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration mit insgesamt rund 473 000 Euro über zwei Jahre hinweg gefördert. Die Projekte zur anonymen Krankenbehandlung haben zum Ziel, eine medizini-

sche Erstversorgung, Präventionsangebote, die Vermittlung in medizinische Behandlung, eine gesundheitliche Beratung oder eine Vermittlung in eine Krankenversicherung für die entsprechende Zielgruppe zu erreichen. Alle zehn Projekte richten sich auch oder ausschließlich an Menschen in der Prostitution und unterstützen die Teilnehmenden durch medizinische Versorgung, Beratung und Vermittlung in das Krankenversicherungssystem. Acht Projekte haben sich den Aufbau eines Krankenversicherungsrechtlichen Clearings zum Ziel gesetzt. Über das Clearing sollen möglichst viele Personen ohne Krankenversicherung in die Regelversorgung vermittelt werden (Aufnahme in eine Krankenversicherung, Reaktivierung einer schon bestehenden Versicherung).

3. Welche Kenntnisse haben die Landesregierung und die Beratungsstellen zu Gewalterfahrungen der in Baden-Württemberg in der Prostitution tätigen Personen?

Zu IV. 3.:

Deutlich ist, dass Personen in der Prostitution eine besondere Vulnerabilität hinsichtlich Gewalterfahrungen unterschiedlicher Art aufweisen. Das Risiko von Gewalterfahrungen unterscheidet sich unter anderem je nach Arbeitsort und individuellen Gegebenheiten. So besteht zum Beispiel auf dem Straßenstrich oder in einem anonymen Zimmer laut den Berichten der Fachberatungsstellen ein höheres Risiko als in einem Bordell oder einer Terminwohnung, in der sich zum Beispiel ein Notrufsystem befindet. Was nach Aussagen der Fachberatungsstellen aktuell vermehrt zu beobachten ist, ist die Forderung nach Geschlechtsverkehr ohne Kondom beziehungsweise das bewusste Abziehen des Kondoms während des Geschlechtsverkehrs ohne Zustimmung (Stealthing).

Die Mitarbeitenden der Beratungsstellen für Personen in der Prostitution haben sehr unterschiedliche Erkenntnisse zu Gewalterfahrungen des Personenkreises. Nicht alle Personen in der Prostitution berichten von Gewalterfahrungen. Viele Personen in der Prostitution, die Gewalt erlebt haben, stellen aus unterschiedlichen Gründen keine Strafanzeige (zum Beispiel wegen fehlendem Aufenthaltsstatus, Misstrauen gegenüber Behörden/Polizei, weil sich Betroffene nicht als Opfer wahrnehmen oder keine Beweise haben).

Hinzu kommen in diesem Kontext Stigmatisierungs- und Diskriminierungserfahrungen der Personen in der Prostitution, die ein Vertrauen in solche Verfahren erschweren.

4. Welche Kenntnisse haben die Landesregierung und die Beratungsstellen zur Altersvorsorge der in Baden-Württemberg in der Prostitution tätigen Personen?

Zu IV. 4.:

Nach Rückmeldung der Fachberatungsstellen ist die Altersvorsorge bei vielen in der Prostitution tätigen Menschen kein wichtiges Thema, nicht zuletzt, da es sich im Durchschnitt um einen eher jüngeren Personenkreis handelt. Außerdem stellt die Tätigkeit für viele „lediglich“ eine vorübergehende Tätigkeit dar. Teilweise wird die Tätigkeit auch in Teilzeit ausgeübt neben einer weiteren sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit.

Auch in Bezug auf die Altersvorsorge ist eine differenzierte Betrachtung notwendig. Personen im Bereich der Armutsprostitution sind häufig nicht in der Lage, wie auch viele andere Personengruppen in prekären Lebenssituationen, sich um eine entsprechende Altersvorsorge zu kümmern. Dennoch gibt es nach Rückmeldung der Fachberatungsstellen auch Menschen in der Prostitution (häufig mit Migrationshintergrund), die Immobilien oder andere Wertgegenstände im Heimatland als Altersvorsorge besitzen. Auch der Abschluss von Bausparverträgen, Lebensversicherungen etc. sind in einigen Fällen vorhanden. Häufig müssen diese Anlagen aber auch vorzeitig aufgelöst werden, wenn die Personen in finanzielle Notlagen geraten. Altersarmut ist im Bereich Prostitution genauso ein Thema wie in anderen Teilen der Bevölkerung auch. So sind auch Fälle von Frauen bekannt,

die sich in höherem Alter zur Ausübung der Prostitution entscheiden, um eine zuvor nicht ausreichend erworbene Altersvorsorge auszugleichen.

5. Welche Kenntnisse haben die Landesregierung und die Beratungsstellen zu Aspekten des Arbeitsschutzes für die in Baden-Württemberg in der Prostitution tätigen Personen?

Zu IV. 5.:

Aspekte des Arbeitsschutzes sind in Abhängigkeit von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung bei Menschen in der Prostitution unterschiedlich ausgestaltet. Wichtige Aspekte des Arbeitsschutzes für das Prostitutionsgewerbe werden über die Vorgaben des ProStSchG geregelt. Der Arbeitsschutz im Rahmen des ProStSchG in Prostitutionsstätten wird im Rahmen von Genehmigungsverfahren und Kontrollen durch die unteren Verwaltungsbehörden überprüft und eingefordert, zum Beispiel Notrufsysteme.

Das ProStSchG enthält arbeitsschutzrechtliche Regelungen nur für das Prostitutionsgewerbe. Der Arbeitsschutz im Privaten (Ferien-/Privatwohnungen etc.), bei erzwungener Prostitution und im Dunkelfeld ist aus Sicht der Beratungsstellen kaum gegeben. Die Beratungsstellen klären in der aufsuchenden Arbeit sowie in den Beratungen durch die Weitergabe von Informationsmaterialien und durch Hinweise zum Arbeitsschutz auf. Ebenfalls gibt es von Berufsverbänden Schulungen zu diesen Themen.

Ein zentrales Thema ist sicherlich die Nutzung von Kondomen. Geschlechtsverkehr ohne Kondom wird nach Rückmeldung der Fachberatungsstellen häufig gefordert. Einige Frauen, insbesondere in finanzieller Not, kommen dieser Forderung auch nach.

6. Inwieweit treffen nach Kenntnis der Landesregierung und der Beratungsstellen die in der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 14. September 2023 zur Regulierung der Prostitution in der EU enthaltenen Erwägungen auch für Baden-Württemberg zu, wonach „Frauen in der Prostitution in höherem Grade ungeheuerlichen Menschenrechtsverletzungen, Gewalt und Ausbeutung, darunter einem hohen Maß an geschlechtsbezogener, psychologischer, körperlicher und sexueller Gewalt, ausgesetzt sind als Frauen im Durchschnitt“ sowie „Frauen in der Prostitution von Traumata berichten, die mit denen von Opfern der Folter vergleichbar sind, und dass eine hohe Zahl von Frauen in der Prostitution davon berichten, seit Beginn ihrer Prostitution vergewaltigt worden zu sein“?

Zu IV. 6.:

Diese Fragestellung kann nicht abschließend und nicht einheitlich beantwortet werden. Es liegen nach derzeitiger Kenntnis dazu keine aktuellen und verlässlichen unabhängigen wissenschaftlichen Studien beziehungsweise Untersuchungen vor.

Es muss an dieser Stelle aber darauf hingewiesen werden, dass eine klare Differenzierung zwischen Prostitution und Zwangsprostitution/Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung getroffen werden muss.

Die Fachberatungsstellen bestätigen, dass es Gewalt und menschenrechtsverletzende Zustände in der Prostitution gibt. Jedoch kann dies nicht als allgemein gültig benannt werden, sondern es ist individuell und im Einzelnen zu betrachten. Der einzelne Mensch sollte stets im Vordergrund stehen und es sollten keine pauschalen Aussagen für eine Personengruppe getroffen werden, die in sich so vielschichtig ist wie die Gesamtgesellschaft selbst.

Die Haltungen der Fachberatungsstellen für Menschen in der Prostitution in Baden-Württemberg stellen sich in der grundlegenden Frage für oder gegen ein Sexkaufverbot nicht homogen dar. Gemeinsam verfolgen aber alle das Ziel, adäquate, qualitativ hochwertige, wertfreie und akzeptierende Beratungsarbeit zu leisten, um die Situation der Menschen, in erster Linie Frauen, die in der Prostitution tätig sind, zu verbessern und sie auch bei einer neuen Orientierung im Leben und im Beruf zu begleiten und zu unterstützen.

Hinsichtlich der Gewalterfahrung wird auf Frage 3 verwiesen.

V. Beratungsstellen

1. Welche speziellen Beratungsstellen für in der Prostitution tätige Personen oder die Freier gibt es in Baden-Württemberg verbunden mit der Darstellung der Anzahl der Beratungen sowie der Höhe der Fördermittel pro Jahr; Förderzweck, Mitteln des Bundes, des Landes, der Kommunen oder sonstiger Förderung?

Zu V. 1.:

In Baden-Württemberg besteht ein gewachsenes Angebot von Fachberatungsstellen für Menschen in der Prostitution, für Betroffene von Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung, gegen häusliche Gewalt und gegen sexualisierte Gewalt sowie von Interventionsstellen, von Frauennotrufen und von Beratungsstellen bei sexualisierter Gewalt in Kindheit und Jugend. Seit 2021 ist die Landesregierung in die Förderung des ambulanten Hilfesystems eingestiegen und fördert den Auf- und Ausbau der oben genannten Fachberatungsstellen durch die „VwV Fachberatungsstellen“. Die VwV Fachberatungsstellen wurde rückwirkend zum 1. Januar 2024 novelliert und Träger von Fachberatungsstellen können eine Landesförderung bis max. 14 000 Euro jährlich beantragen.

Zudem fördert das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration zwei Fachberatungsstellen für Prostituierte und Mobile Teams der Fachberatungsstellen derzeit außerhalb der VwV Fachberatungsstellen. Die Fachberatungsstelle Amalie des Diakonischen Werks Mannheim wird mit jährlich 70 000 Euro und die Fachberatungsstelle P.I.N.K des Diakonischen Werks Freiburg mit jährlich 75 000 Euro Landesmitteln finanziert. Ferner werden drei anerkannten Fachberatungsstellen für Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung gefördert. Das Fraueninformationszentrum – FIZ in Stuttgart, FreiJa in Freiburg/Kehl und die Mitternachtsmission in Heilbronn erhalten jährlich je 130 000 Euro.

Umfassende Statistiken über die Anzahl der Beratungen liegen dem Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration nicht vor. Es kann lediglich eine Auswertung der Verwendungsnachweise im Rahmen der Antragstellung einer Landesförderung erfolgen. Die Daten beziehen sich auf das Jahr 2022 und wurden von den Fachberatungsstellen mit dem Förderantrag für das Jahr 2023 eingereicht. Die Förderanträge für das Jahr 2024 befinden sich derzeit noch in Bearbeitung und die Verwendungsnachweise müssen erst bis 30. Juni 2024 vorgelegt werden.

Fachberatungsstelle (FBS)	Anzahl Beratungen	Förderzweck	Gesamtausgaben	Landesmittel in €	Bundesmittel in €	Kommunale Mittel in €	Sonstige Mittel in €
Amalie Mannheim	377	Institutionelle Förderung	197 481,18	70 000,00	–	87 024,00	40 457,18
P.I.N.K. Freiburg (Villingen-Schwenningen, Kehl)	820 370 (V-S) 503 (Kehl)	Institutionelle Förderung	206 886,75	75 000,00	–	81 400,00	50 486,74
P.I.N.K. Freiburg	70	Mobile Beratung	61 277,83	55 150,05	–	–	6 127,78
Diakonisches Werk Heidelberg	254	Institutionelle Förderung	124 409,18	10 000,00	–	93 370,00	21 039,18
Diakonisches Werk Heilbronn	286	Institutionelle Förderung	170 104,67	12 000,00	–	120 018,00	38 086,67
Diakonisches Werk Heilbronn	162	Mobile Beratung	75 724,13	57 005,00	–	–	18 719,13
Diakonisches Werk Karlsruhe	629	Institutionelle Förderung	190 874,61	12 000,00	–	170 357,36	8 517,25
Diakonisches Werk Karlsruhe	243	Mobile Beratung	60 903,04	52 000	–	–	8 903,04
Kreisdiakonieverband LK Esslingen	294	Institutionelle Förderung	231 894,56	10 000,00	–	–	–
Arkade e. V. Ravensburg	1557	Institutionelle Förderung	325 984,00	12 000,00	–	78 000,00	235 984,00
Arkade e. V. Ravensburg	218	Mobile Beratung	74 765,02	67 337,48	–	–	7 427,54
Arkade e. V. Friedrichshafen	318	Mobile Beratung	79 738,30	71 830,33	–	–	7 907,97
Diakonische Bezirksstelle Ulm	615	Institutionelle Förderung	102 590,62	10 000,00	–	84 000,00	8 590,62
Diakonisches Werk Ortenau	292	Mobile Beratung	51 888,65	46 699,79	–	–	5 188,87
Aidshilfe Pforzheim*		Mobile Beratung LK Calw		40 311,90			
Aidshilfe Pforzheim*		Mobile Beratung PF u. Enzkreis		47 016,00			

* Verwendungsnachweis wurde angefordert

Insgesamt sind dem Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration die folgenden Beratungsstellen für Menschen in der Prostitution in Baden-Württemberg bekannt. Nicht alle Träger haben eine Landesförderung im Rahmen der VwV Fachberatungsstellen beantragt. Es sind auch nicht alle Beratungsstellen im Landesnetzwerk Prostitution (das eine Förderung durch das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration erhält) vernetzt. Daher hat die Liste keinen Anspruch auf Vollständigkeit:

- Böblingen: Gesundheitsamt Böblingen – Beratungsstelle für Prostituierte
- Esslingen: Kreisdiakonieverband im Landkreis Esslingen – Rahab – Beratung für Menschen in der Prostitution
- Freiburg: Diakonisches Werk Freiburg – P.I.N.K.
- Ravensburg: Arkade e. V. – Beratung für Sexarbeiterinnen
- Heidelberg: Diakonisches Werk Heidelberg – Anna Fachberatung für Menschen in der Prostitution
- Heilbronn: Mitternachtsmission Heilbronn – Beratungsstelle für Prostituierte
- Karlsruhe: Diakonisches Werk Karlsruhe – Luise – Beratungsstelle für Prostituierte
- Kehl, Offenburg: Diakonisches Werk Dienststelle Kehl – P.I.N.K.
- Mannheim: Diakonisches Werk Mannheim – Amalie Beratungsstelle für Frauen in der Prostitution

- Pforzheim: Aids-Hilfe Pforzheim – Aspasia Beratungsstelle für Sexarbeiter/-innen
- Reutlingen: Aids-Hilfe Tübingen-Reutlingen – PROUT Beratungsstelle für Sexarbeiter/-innen“
- Stuttgart: Gesundheitsamt Stuttgart – Sozialdienst für Prostituierte
- Stuttgart: Caritasverband Stuttgart – Café La Strada
- Stuttgart: Esther Ministries e. V. – Neustart für Betroffene von Zwangsprostitution
- Stuttgart: Sozialunternehmen ZORA gGmbH – Plan P
- Stuttgart: Verein zur Förderung von Jugendlichen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten – Café Strich-Punkt
- Ulm: Diakonisches Werk Ulm – ela – Beratung für Frauen in der Prostitution

Im Verein Landesnetzwerk der Fachberatungsstellen für Menschen in der Prostitution Baden-Württemberg e. V. sind derzeit 14 Beratungsstellen vernetzt.

Eine genaue und differenzierte Darstellung der Finanzierung aller Beratungsstellen liegt dem Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration nicht vor. Grundlegend finanzieren sich die Beratungsstellen aus Mitteln der Kommunen, Landkreise und des Landes, ergänzt durch Projektförderungen (auch Europäische Fördermittel) sowie Spenden von Stiftungen, Firmen oder Privatpersonen. Auch kirchliche Mittel und Eigenmittel der Träger oder auch Bußgelder sind Teil der Finanzierungsgrundlage der Beratungsstellen.

Neben den Beratungsstellen von freien Trägern existieren derzeit 26 Beratungsstellen nach § 10 ProStSchG in Gesundheitsämtern/Landratsämtern. Diese werden auf einer Liste seitens des Landesgesundheitsamtes in regelmäßigen Abständen aktualisiert und zur Verfügung gestellt.

2. Welche über die reine Beratung hinausgehenden Hilfen für den Ausstieg aus der Prostitution gibt es in Baden-Württemberg bzw. sind hier geplant und wie werden diese gefördert?

Zu V. 2.:

Das Land Baden-Württemberg fördert im Rahmen des Europäischen Sozialfonds seit Januar 2023 elf Projekte, die bei der beruflichen Integration von Menschen mit Gewalterfahrung helfen oder beim Ausstieg aus der Prostitution unterstützen (vier Projekte für Menschen mit Gewalterfahrung s. Nr. 7, Nr. 8, Nr. 9, Nr. 11).

Für die dreijährige Förderung (2023 bis 2025) stehen insgesamt rund drei Millionen Euro zur Verfügung, davon kommen etwa 2,1 Millionen Euro aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF Plus) und rund 750 000 Euro aus Landesmitteln (Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration).

Hierbei wird die Beratung bzw. indirekt Beratungsstellen gefördert, die niedrigschwellig, flexibel und individuell angepasste Unterstützung für Betroffene von häuslicher oder sexualisierter – auch digitaler – Gewalt sowie Menschen in der Prostitution anbieten, damit diese trotz ggf. multipler Problemlagen eine solide berufliche Perspektive entwickeln können.

Übersicht der elf Projekte mit kurzer Beschreibung der Maßnahmen:

1. Institut fakt.ori GbR Ulm mit dem Projekt „PiAZA 02“: Ein sozialintegratives Caseworkangebot mit Lerncafé, das Frauen in der Prostitution mit hoher Problemdichte dabei unterstützt, Alternativen zur Prostitution, in Form von Beschäftigung, Qualifizierung und Ausbildung wahrzunehmen (bereits REACT-EU-Projekt).
2. Esther Ministries e. V. mit Projekt „R.O.S.A.“: Berufliche (Re)Integration durch kultursensible Ansprache, Begleitung, Training für den Job, betreutes Wohnen u. Rückkehrprogramm für Frauen mit Gewalterfahrung und/oder Frauen in der Prostitution in BW, mit Fokus auf Roma aus Bulgarien/Rumänien.
3. Diakonisches Werk Freiburg mit dem Projekt „V.I.A. – Vielfalt – Integration – Arbeit“: Die Beratungsstelle P.I.N.K. in Kooperation mit der gemeinnützigen Freiburger Qualifizierungs- und Beschäftigungsgesellschaft mbH bieten Beratung und Coaching an für Frauen, die einen Ausstieg aus der Prostitution suchen oder Menschen mit Gewalterfahrung, die insbesondere zum Thema Eingliederung in den Arbeitsmarkt, Überwindung bestehender Hürden, qualifizierte Unterstützung benötigen. (Weiterentwicklung und Fortsetzung des REACT-EU-Projekts).
4. Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche Mannheim mit Projekt „Horizonte Plus – Alternativen zur Prostitution“: Aufsuchende Arbeit und Kontakte knüpfen im Milieu, Vermittlung von Informationen zum Ausstiegsprojekt, Zugänge zu Sozialdienstleistungen/Arbeitsmarkt und Entwicklung von individuellen Perspektiven und Kompetenzen (Weiterentwicklung und Fortsetzung des REACT-EU-Projekts).
5. Landkreis Böblingen (Gesundheitsamt BB) mit Projekt „Via Nova Plus“: Personen, die in der Prostitution tätig sind oder waren, werden durch Beratung, Förderung und Begleitung bei einer beruflichen Neuorientierung unterstützt. Der Zugang zum Arbeitsmarkt soll verbessert werden, indem Barrieren abgebaut werden. (Weiterentwicklung und Fortsetzung des REACT-EU-Projekts).
6. Werkstatt PARITÄT gGmbH mit ihrem Kooperationsprojekt „WORKSplus“ (Kooperationspartner:innen sind: Die Aidshilfe Pforzheim e. V., Q-PRINTS & SERVICE gGmbH, Arkade e. V.) setzt sich für eine verbesserte gesellschaftlich und berufliche Teilhabe ein mit dem Ziel, Perspektiven außerhalb der Prostitution zu entwickeln und eine existenzsichernde Integration in den allgemeinen Arbeitsmarkt zu ermöglichen (Weiterentwicklung und Fortsetzung des REACT-EU-Projekts).
7. BIOTOPIA – Arbeitsförderungsbetriebe Mannheim gGmbH mit dem Projekt „MeinLeben!“: Weiterentwicklung und langfristige Etablierung eines auf Arbeitsmarktintegration ausgerichteten vernetzten Beratungs- u. Assistenzangebot für Frauen, die von Gewalt im sozialen Nahraum betroffen sind.
8. Christliches Jugenddorfwerk Deutschlands gemeinnütziger e. V. (CJD) mit Projekt „Stark durch Bildungscoaching plus“: Neben vorhandenen Schutz- und Beratungsangeboten für Frauen mit Gewalterfahrungen sollen speziell auf die Zielgruppe zugeschnittene Bildungsangebote geschaffen werden, die die Frauen darin unterstützen, ihr berufliches Leben (neu) zu gestalten (Weiterentwicklung und Fortsetzung des REACT-EU-Projekts).
9. Caritasverband für den Landkreis Emmendingen e. V. mit dem Projekt „Beratung für Frauen mit Gewalterfahrung 2.0“: Das Projekt bietet Frauen aus dem Landkreis Emmendingen, die von häuslicher Gewalt betroffen sind, ein Beratungsangebot zur Stabilisierung der Lebenssituation, Gewinnung wirtschaftlicher Unabhängigkeit (Weiterentwicklung und Fortsetzung des REACT-EU-Projekts).

10. Beratungsstelle RAHAB des Kreisdiakonieverbands Esslingen mit seinem Projekt #Perspektive Rahab: Klärung von Problemlagen, Sicherung und Schutz der Existenz, intensive Ausstiegsberatung, Erarbeitung beruflicher Perspektiven, Vermittlung in Weiterbildung und Qualifizierung.
11. InFö e. V. Tübingen mit seinem Projekt „BeriLA“: (Re)Integration von Frauen insbesondere mit Migrationshintergrund, die von häuslicher Gewalt betroffen sind, in eine sozialversicherungspflichtige Arbeit oder eine Ausbildung. Leider musste der Träger seine Arbeit ab 2024 einstellen (Weiterentwicklung und Fortsetzung des REACT-EU-Projekts).

Die Umsetzung der Projekte vor Ort zeichnet sich durch eine enge Zusammenarbeit zwischen Bildungsträgern und den spezialisierten Fachberatungsstellen sowie ggf. Frauen- und Kinderschutzhäusern aus. Hierdurch können Netzwerke entstehen, die auch über die Projektlaufzeit hinaus Bestand haben werden.

Bereits in den Jahren 2021 und 2022 konnte der Europäische Sozialfonds mit Sondermitteln aus dem Coronahilfsfonds REACT-EU neun Projekte „Alternativen zur Prostitution – Berufliche Neuorientierung von Menschen in der Prostitution und Einstieg in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung bzw. Unterstützung bei Rückkehr in die Heimatländer“ mit rund 3,2 Millionen Euro fördern. REACT-EU war eine 100 % Förderung durch die EU.

Hiermit war es möglich, dass einige Träger explizit und zum ersten Mal eine Beratung zum Ausstieg und zur beruflichen (Re-)Integration aufbauen und anbieten konnten. Acht der nun elf aktuell geförderten Projekte konnten auf diese Erfahrungen und Ergebnisse aus REACT-EU aufbauen und ihre Maßnahmen weiterentwickeln und fortsetzen.

Generell bieten alle Fachberatungsstellen für Menschen in der Prostitution in Baden-Württemberg neben der Beratung auch praktische Unterstützung beim Ausstieg bzw. der beruflichen Neuorientierung an wie zum Beispiel Bewerbungstrainings, Sprachkurse, Computerkurse, Begleitung zu Behörden, Unterstützung bei Krankenversicherung, Steuern, Existenzsicherung, migrationsrechtliche Unterstützung. Bei Bedarf werden alltagspraktische Kompetenzen vermittelt sowie bei der Wohnungssuche und Jobsuche unterstützt.

Insgesamt gibt es damit zahlreiche Projekte für einen Ausstieg aus der Prostitution in Baden-Württemberg.

Lucha
Minister für Soziales,
Gesundheit und Integration